

Ordnungsruf für eine Bürger- Energie- wende

Ordnungsruf?

Auf diese Idee brachte uns ein Zitat vom früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann:

„Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.“

Wir glauben, dass die Große Koalition beim Stopp der BürgerEnergie-Wende unsere demokratischen Rechte missachtet hat.

Deshalb haben wir uns zu einem Ordnungsruf entschlossen! Wir wollen, dass die Politik die Intention des Grundgesetzes nicht länger verletzt und wir unser Recht auf Selbst-Versorgung praktisch umsetzen können.

Weitere Informationen anfordern über:

[**ordnungsruf@ok.de**](mailto:ordnungsruf@ok.de)

Energiewende:

Die **Große Koalition**
hat **Demokratische Rechte**
und **Physikalische**
Anforderungen
missachtet!



Zäune und Stacheldraht schränken den Freiraum ein, Gesetze begrenzen die Freiheit. Was hat wo seine Berechtigung?

Ein möglicher Freiraum für die Bürger wurde nicht nur nicht geschaffen - der vorhandene Freiraum wurde eingeschränkt. Die Intention des Grundgesetzes wird

nicht zur Gesetzesrealität und damit verletzt.

Die Politik hat sich zu feudalen Strukturen zurückgewendet.

Die physikalischen Prinzipien in Elektrizitätsnetzen sind stets einzuhalten und können nicht durch politische Entscheidungen beseitigt werden.



Orchester spielen mit unterschiedlichen Musikern in unterschiedlichen Orten durchaus die gleichen Stücke, wenn mit dem Dirigenten gut eingeübt und gekonnt dirigiert.

Das Recht der Bürger, örtliche Strom-Märkte zu betreiben, passt zur physikalischen Natur der Elektrizität. Über Energiezellen lässt sich das alles orchestrieren, überall - in ganz Europa. Demokratie.

Es ist Zeit für einen entschiedenen **Ordnungsruf** von Seiten der Bürger! Mehr darüber ...
... auf der Folgeseite
... oder über ordnungsruf@ok.de



Nicht nur die Hände, auch der Kopf muss dabei sein - oder Hände und Köpfe mehrerer Personen. Im Bild ist nur die Form dargestellt. Das Gesamtmotiv kann von den beteiligten Personen noch ausgestaltet werden.

So wie Bürger vor Ort Hand in Hand arbeiten wollen, sollten die Politiker mit den Bürgern Hand in Hand arbeiten, für eine bessere Energiewende und mehr Demokratie.

Ordnungs-Ruf aus der Scheune in

Weissach i.T. vom 8.7.2017 an die Bundesregierung:

Bürgerschaftliche Selbst-Versorgung mit Energie

Unsere Verantwortung als Bürger und die Erkenntnis, dass der Umstieg auf die ausschließliche Nutzung der Sonnenenergie die einzige Chance ist, unsere Kultur und unseren Wohlstand dauerhaft beizubehalten, zwingt uns zur Kritik, führt zu unseren Forderungen und begründet unseren Ordnungsruf.



Ein Energy-Only-Market ignoriert das physikalisch begründete Gleichgewicht

zwischen der insgesamt eingespeisten elektrischen Leistung, der im Netz transportierten Energie und der aktuell benötigten Leistung bzw. der zu bevorratenden Energie und ist daher eine krasse Fehlkonstruktion (direkter Zus. von kW und kWh wird ignoriert).

Jede zentrale Steuerung mit leistungsveränderter Wirkung stellt ein extremes Risiko dar, weil bei einem zu großen Leistungssprung das Gesamtsystem aus dem Gleichgewicht geraten und zusammenbrechen kann. Dazu kommen noch die Risiken der Cyberangriffe und der Cyberkriminalität.

Die Politik hätte das Grünstromhändlerprivileg nicht abschaffen dürfen. Sie hätte die Verordnungsermächtigung nutzen müssen, damit Bürger eine dezentrale Lieferung und marktliches Geschehen vor Ort entwickeln können.

Die von der Bürgergesellschaft getragene Energiewende wurde durch den Wandel, den der Gesetzgeber und insbesondere das BMWi in der großen Koalition vollzogen haben, in ihrer Weiterentwicklung gebremst. Die Regierung kehrt zu feudalen Verhältnissen zurück und zementiert dies dauerhaft.

Die Reaktivierung und Fortführung feudaler Machtgegebenheiten in der Energiewirtschaft stört und verletzt das Personalitätsprinzip der Eigengestaltungsfreiheit und -Verantwortung i.S.d. Artikel 2 Grundgesetz. Des Weiteren wird das aus dem Personalitätsprinzip erwachsende Subsidiaritätsprinzip verletzt, das vom Grundgesetz gleichfalls geschützt ist und insoweit unter dem Schutze des Staates stehen muss.

Das Recht, Energiewirtschaftsmärkte nach Gesichtspunkten ihrer räumlichen Gliederungen zu schaffen, ist der Bürgergesellschaft zu gewährleisten.



Die Netzregelung muss wegen den vielen Erzeugungsanlagen, der weitläufig verteilten Speichermedien und Energienutzungen „in der Fläche“ ebenfalls "flächig" werden und zukünftig autonom und stochastisch, jedoch über „Leitplanken“ orchestriert und sich an einem gemeinschaftsdienlich wirkenden Verhaltenscodex orientierend erfolgen.

Die künftige Energieversorgung muss auf einer Vielzahl von untereinander vernetzten Energiezellen aufbauen, die jeweils für sich ständig das Gleichgewicht zwischen Einspeisung und Nutzung der Energie herstellen. Das muss sich vom Miteinander schon der kleinsten Zellen in allen Ebenen bis hin zum europäischen Gesamtnetz fortsetzen.

Unterzeichnende Organisationen: Förderverein für bürgerschaftliche Selbst-Versorgung im Energiebereich (SVEn) e.V., Murrhardt; mpc management project consulting, Esslingen; Prosumenten Service Genossenschaft ProSegen eG i.Gr., Monschau; Energie-Genossenschaft Murrhardt (EGM) eG, Murrhardt; Solarverein Rems-Murr, Aspach; Strom-Boje Mittelrhein UG, Bingen; ENEWO Energienetzwerk Ostfalen eG, Barleben.

Unterzeichnende Personen: Dieter Schäfer, Murrhardt; Dr. Franz Hein, Esslingen; Bernhard Maron, Monschau; Bernd Hecktor, Weissach i.T.; Eckhard Steinat, Weissach i.T.; Wolfgang Poschenrieder, Ebersberg; Norbert Burkart, Bingen; Norbert Hill, Barleben; Hanne Barth, Aspach; Pama Ulrich Famaga, Mannheim und Cotonou, Benin; Ulrich Jochimsen, Flensburg, Potsdam, Stuttgart; Christian Hanne, Weiler bei Monzingen; Hans Gröbmayr, Glonn; Jürgen Reschke, Weissach i.T.; Gisela Russ, Weissach i.T.; Günter Russ, Weissach i.T.; Horst Wernz, Weissach i.T.; Doris Bäßler, Murrhardt; Klaus Lenkeit, Murrhardt; Renate Edelmann, Weissach i.T.

Bürgerschaftliche Selbst-Versorgung braucht ein EEG-belastungsfreies Eigenerzeugungskontingent über Häuslebesitzer hinaus für alle Bürger, die sich an Erneuerbare-Energie-Anlagen beteiligen. Und dies kombiniert mit einer diskriminierungsfreien lokalen „Stromlieferung“.



Wir erinnern unsere gewählten Repräsentanten, dass „die allgemeinen Rechte des Menschen sich auf die natürliche Freiheit gründen, sein eigenes Wohl, ohne Kränkung der Rechte eines Anderen, suchen und befördern zu können“.

Wir wenden uns mit unserer Kritik an die Regierung der Großen Koalition und berufen uns auf den ersten Bundespräsidenten der SPD (Gustav Heinemann): „Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.“

Wir bitten die Kandidaten zur Bundestagswahl, sich mit unseren Thesen auseinander zu setzen.

Wir fordern die gewählten Bundestagsabgeordneten auf, die hier vorgetragene Kritik zu berücksichtigen, sich unseren Thesen für das Gelingen der Energiewende zu stellen, das Ergebnis dieser Überprüfung zu veröffentlichen und in Regierungshandeln umzusetzen.

Wir berufen uns auch auf den Grundsatz der CDU: „Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen besser oder ebenso gut leisten kann, soll seine Aufgabe bleiben.“

Weitere Informationen anfordern:
ordnungsruf@ok.de

Weitere unterzeichnende Personen: Roland Krojer, Murrhardt; Frank Müller, Weissach i.T.; Andreas Winkle, Murrhardt; Wilhelm Wieland, Murrhardt; Peter Brinkmann, Welzheim; Jakob Schäfer, Kapstadt; Barbara Kern, Stuttgart; Jutta Braun, Stuttgart; Josef Foglszinger, Vaihingen/Enz; Marion Dieringer, Stuttgart-Weilimdorf; Jorinde Strebel, Stuttgart; Dieter Spielberg, Backnang; Willy Härtner, Backnang; Volker Veigel, Murrhardt; Reinhard Muth, Althütte; Martin Hermann, Tübingen; Eckard Berlin, Korb; Christine Gropp, Bamberg; Georg Foglszinger, Waltenhofen; Peter Keck, Sindelfingen; Bernd Günschmann, Waiblingen; Johannes Haug, Rottweil; Ingolf Detloff, Murrhardt-Karnsberg; Rudolf Renkert, Pforzheim; Joachim Kimmerle, Welzheim; Thomas Möhler, Eberdingen-Nussdorf; Alfred Bofinger, Stuttgart-Weilimdorf; Bernd Messinger, Murrhardt;

Wenn dieser Ordnungsruf Ihrer Auffassung entspricht und Sie sich für die Rechte der Bürger im Bereich der Energiewende aktiv einsetzen wollen, dann unterzeichnen Sie einfach den Ordnungsruf.

Das geht per EMail zum Beispiel mit dem Text: Ich unterzeichne den Ordnungsruf. Sie können meinen Namen:, und meinen Wohnort: in die Liste der weiteren unterzeichnenden Personen aufnehmen.

Wenn Sie die EMail-Adresse anklicken müsste sich ein EMail an den Ordnungsruf öffnen:

ordnungsruf@ok.de

Stand: 7. August 2017

Je stärker wir auftreten, desto besser werden wir wahrgenommen!

Weitere unterzeichnende Organisationen: GEDEA Gesellschaft für dezentrale Energieanlagen mbH, Murrhardt; Gedeo mbH & Co Wasserkraftwerk Linach KG, Vöhrenbach, Murrhardt; Gedeo Windkraft Grüner Heiner GmbH & Co KG, Stuttgart, Murrhardt; Gedeo Grüner Heiner Projekt GmbH, Murrhardt;

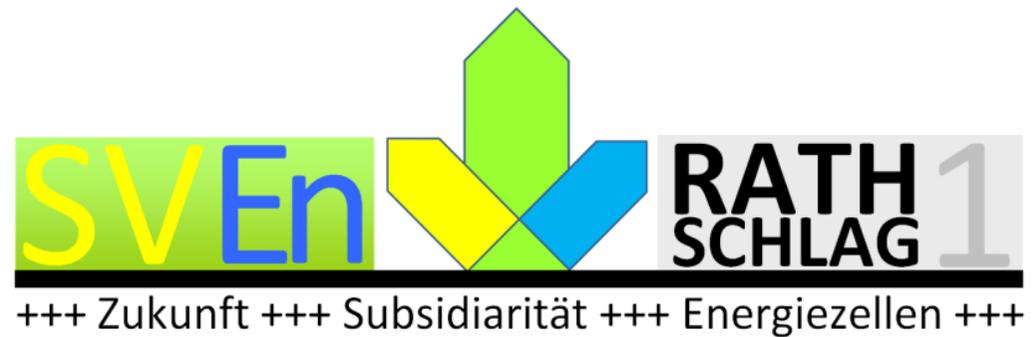
„ ... sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich bin der Meinung, dass der Blickwinkel der Politik sich immer mehr verschiebt in Richtung einer Interessenvertretung der Energiekonzerne.

Unter zunehmenden Druck bemüht man sich die selbst- und bürgerbestimmte Versorgung zu erschweren, zu behindern und zu verunmöglichen.

Ich unterstütze deshalb vollumfänglich den Ordnungsruf@ok.de an die Politik. ...“

Das hat ein Unterzeichner zum Ordnungsruf ausgesagt. Und wie ist Ihre Meinung zum Ordnungsruf?



Für den 7. Oktober 2017 haben wir eine Veranstaltung vorgesehen, die sich als SVEn-Rathschlag Nr. 1 mit den Reaktionen auf unseren Ordnungsruf beschäftigen wird. Natürlich wird es auch um die ausführlichere Darstellung der Hintergründe unseres Ordnungsrufes gehen. Vor allem geht es uns aber auch um die konkreten Antworten auf unsere konkrete Frage nach Unterstützung des Ordnungsrufes.

Anmerkung/Frage zum Rathschlag am 7. Okt. 2017:

Senden Sie Ihre Meinung an ordnungsruf@ok.de

Weitere Fragen einsenden über ordnungsruf@ok.de